AMTSBLATT

DER

EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

21. NOVEMBER 1966

AUSGABE IN DEUTSCHER SPRACHE

9. JAHRGANG Nr. 212

INHALT

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN MIT ANTWORTEN

<i>Nr. 56 von Herrn Vredeling an den Rat der EWG</i> <i>Betrifft: Vorschläge der Kommission an den Rat betreffend die sozialen Sondermaßnahmen zugunsten der im italienischen Schwefelbergbau entlassenen Arbeitnehmer</i>	3617/66
<i>Nr. 74 von Herrn Metzger an den Rat der EWG</i> <i>Betrifft: Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Israel</i>	3618/66
<i>Nr. 84 von Herrn Kriedemann an die Kommission der EWG</i> <i>Betrifft: Referenzpreise für Orangen</i>	3619/66
<i>Nr. 86 von Herrn Pedini an die Kommission der EWG</i> <i>Betrifft: Fischfang an der Küste Mauretaniens</i>	3621/66
<i>Nr. 87 von Herrn Richarts an die Kommission der EWG</i> <i>Betrifft: Milchpreis</i>	3622/66
<i>Nr. 89 von Herrn Mauk an die Kommission der EWG</i> <i>Betrifft: Gemeinsame Marktorganisation für nicht der Ernährung dienende Gartenbauerzeugnisse</i>	3623/66
<i>Nr. 91 von Herrn Bergmann an die Hohe Behörde der EGKS</i> <i>Betrifft: Jahresbericht des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit im Steinkohlenbergbau</i>	3625/66
<i>Nr. 92 von Herrn Bergmann an die Kommission der EWG</i> <i>Betrifft: Engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei Unglücksfällen in Unternehmen und besonders in Bergwerken</i>	3626/66
<i>Nr. 95 von Herrn Oele an die Hohe Behörde der EGKS</i> <i>Betrifft: Anwendung der Entscheidung Nr. 3/65 zugunsten der Charbonnages de France</i>	3626/66

ALLGEMEINE STELLENAUSSCHREIBUNG

<i>Allgemeine Bestimmungen über die Besetzung der vom Europäischen Parlament im Amtsblatt ausgeschriebenen Stellen</i>	3629/66
<i>Stellenausschreibung Nr. PE/3/A (Hauptverwaltungsräte)</i>	3631/66
<i>Stellenausschreibung Nr. PE/4/A (Verwaltungsräte und Verwaltungsreferendare)</i>	3633/66
<i>Stellenausschreibung Nr. PE/5/A (ein Hauptverwaltungsrat)</i>	3635/66

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SCHRIFTLICHE ANFRAGEN MIT ANTWORTEN

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 56

von Herrn Vredeling

an den Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ⁽¹⁾

(13. Juni 1966)

Betrifft: Vorschläge der Kommission an den Rat betreffend die sozialen Sondermaßnahmen zugunsten der im italienischen Schwefelbergbau entlassenen Arbeitnehmer

1. Aus Informationen, die wir bekommen haben, geht hervor, daß die Regierungen einiger Mitgliedstaaten die Rechtsgrundlage der Vorschläge der Kommission betreffend soziale Sondermaßnahmen zugunsten der im italienischen Schwefelbergbau entlassenen Arbeitnehmer anfechten.

Können die Kommission und der Rat hierüber Aufklärung geben und die Gründe nennen, die das Zustandekommen einer Einigung in dieser Angelegenheit bisher verhindert haben?

2. Sind die Kommission und der Rat nicht der Ansicht, daß der Wunsch einiger Mitgliedstaaten, die geplanten Maßnahmen im Wege einer Vereinbarung auf Regierungsebene anzunehmen, jeder Rechtsgrundlage entbehrt und im Widerspruch zum Geist und Buchstaben des EWG-Vertrages steht?

3. Sind die Kommission und der Rat nicht der Ansicht, daß dieses Verhalten die Sozialpolitik der Gemeinschaft untergräbt und da-

durch das politische, rechtliche und institutionelle Gleichgewicht der Gemeinschaft gestört würde?

Sind sich die Kommission und der Rat bewußt, daß ein solches Vorgehen im flagranten Widerspruch zu der günstigen Stellungnahme und den Auffassungen des Parlaments über die Vorschläge der Kommission — sowohl zu den ursprünglichen als auch zu den später geänderten, die der Kommission und dem Rat zur Kenntnis gebracht wurden — stehen würde?

4. erinnert sich der Rat daran, daß sein amtierender Präsident am 9. März 1966 zu diesen Vorschlägen der Kommission im Parlament in Straßburg folgendes erklärte:

„Das bedeutet jedoch keineswegs, daß die Räte den sozialen Fragen nicht die Bedeutung zuerkennen, die sie verdienen. Im Gegenteil. Die Frage wird zur Zeit sogar in Brüssel in einer Sitzung geprüft, die gestern begonnen hat und heute weitergeführt wird. Ich kann Ihnen versichern, daß der Rat die notwendigen haushaltspolitischen Folgerungen aus den auf diesem Gebiet getroffenen Grundsatzentscheidungen ziehen wird.“ ⁽²⁾

5. Hält die Kommission ihre vom Parlament unterstützten Vorschläge unter diesen Umständen aufrecht?

⁽¹⁾ Die an die EWG-Kommission gerichtete Anfrage gleichen Wortlauts ist bereits beantwortet und veröffentlicht worden (AB Nr. 143 vom 4. 8. 1966, S. 2645/66).

⁽²⁾ Verhandlungen Nr. 84, S. 78.

Antwort

(3. November 1966)

Die Vorschläge der Kommission betreffend die Sondermaßnahmen zugunsten der im italienischen Schwefelbergbau entlassenen Arbeitnehmer werden intensiv weiter geprüft; der Rat will in naher Zukunft eine Entscheidung treffen. Es ist daher nicht möglich, nähere Einzelheiten in bezug auf den derzeitigen Stand der Diskussion zu bringen.

Hinsichtlich der rechtlichen Erwägungen des Herrn Abgeordneten glaubt der Rat, daß er in

der Lage sein wird, eine juristische Lösung zu wählen, welche die finanzielle Intervention zugunsten der im italienischen Schwefelbergbau entlassenen Bergleute auf das Protokoll Nr. III über Schwefel im Anhang zum Abkommen über die Aufstellung eines Teils des Gemeinsamen Zolltarifs betreffend die Waren der Liste G und auf die Vertragsbestimmungen stützt.

Der Rat bestätigt also voll und ganz die Zusage, die sein Präsident am 9. März 1966 vor dem Parlament in Straßburg gegeben hat.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 74

von Herrn Metzger

an den Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

(18. Juli 1966)

Betrifft: Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Israel

Die Antwort des Rates der EWG vom 14. Juni 1966 auf meine schriftliche Anfrage Nr. 21⁽¹⁾ begnügt sich im wesentlichen mit der Wiedergabe von Bestimmungen des Handelsabkommens mit Israel, die mir selbstverständlich bekannt waren.

Ich frage:

1. Wann werden die Kontakte, die nach Artikel 8 des Abkommens notwendig sind (sofern man weiterhin Beziehungen zu Israel wünscht), aufgenommen werden angesichts der Tatsache, daß das Abkommen bereits am 1. Juli 1967 abläuft und sich die Verhandlungen nach den

bisherigen Erfahrungen lange hinziehen werden?

2. Wie ist es zu erklären, daß, nachdem Israel schon im April 1965 eine lange Liste von Wünschen unterbreitet hat, es mehr als 14 Monate dauerte, bis der Gemischte Ausschuß zu dem ungemein mageren Ergebnis kam, den zuständigen Stellen eine Zollausschüttung von 20 % für Pampelmusenviertel vorzuschlagen?

3. Wird der Rat bereit sein, mit Israel auf einen etwaigen erneuten Antrag hin ein Assoziierungsabkommen zu schließen, damit dem Land in nachhaltigerer Weise geholfen werden kann, als das — zum Bedauern des Rates, wie ich unterstellen darf — bei dem seitherigen Verfahren möglich war?

Antwort

(3. November 1966)

1. Wie der Rat bereits in seiner Antwort auf die schriftliche Anfrage Nr. 21 des Herrn Abgeordneten ausgeführt hat, ist für eine etwaige in Artikel 8 vorgesehene Verlängerung des Handelsabkommens zwischen der EWG und Israel ein Einvernehmen der Vertragsparteien erforderlich. Obwohl die hierzu notwendigen Fühlungen noch nicht stattgefunden haben, glaubt der Rat nicht, daß hierbei Zeitschwierigkeiten vorzusehen sind.

2. Es ist richtig, daß die israelische Delegation der Gemeinschaft auf der ersten Tagung des Gemischten Ausschusses im April 1965 eine Reihe von Wünschen unterbreitet hat, deren Prüfung unter anderem wegen der daraus für die Gemeinschaft entstehenden Probleme einige Zeit in Anspruch nahm. Bezüglich des Ergebnisses der Prüfung der israelischen Vorschläge wird der Herr Abgeordnete sicherlich verstehen, daß es äußerst schwierig erscheint, Zollzustände gleichlaufend mit den derzeitigen

⁽¹⁾ AB Nr. 115 vom 28. 6. 1966, S. 2134/66.

Verhandlungen der GATT-Handelskonferenz zu machen, zumal Israel bei den meisten in Frage kommenden Erzeugnissen nicht Hauptlieferant der Gemeinschaft ist und deshalb berücksichtigt werden muß, wie sich etwaige Zugeständnisse auf den Handel mit anderen Drittländern auswirken.

3. Die Frage des etwaigen Abschlusses eines weitergehenden Abkommens zwischen der EWG und Israel, wie es die israelische Regierung in ihrer Mitteilung vom 4. Oktober 1966 wünscht, ist vom Rat noch nicht geprüft worden, so daß der Rat nicht in der Lage ist, auf diese Frage des Herrn Abgeordneten zu antworten.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 84

von Herrn Kriedemann

an die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

(2. September 1966)

Betrifft: Referenzpreise für Orangen

Bekanntlich hat es bei der ersten Einführung von Referenzpreisen für Orangeneinfuhren aus dritten Ländern eine Reihe von politischen Widerständen gegeben, welche die EWG-Kommission zu langwierigen Verhandlungen mit dem Rat und dem Sonderausschuß zwangen. Die EWG-Kommission mußte ihre Vorschläge so kurzfristig ändern, daß sich daraus erhebliche Störungen für die beteiligten Wirtschaftskreise ergaben. Diese Vorgänge haben sich nur zum Teil damit erklären lassen, daß keinerlei Erfahrungen mit der Anwendung des Instruments der Referenzpreise und sich daraus ergebenden Einfuhrbelastungen auf diesem Markt vorlagen. Sie hatten ihre Ursachen auch in den erheblichen Zweifeln an der Zweckmäßigkeit dieser Prozedur in diesem Bereich.

Da die Vorbereitungen für die Abwicklung der bevorstehenden Wintersaison demnächst beginnen, frage ich:

1. Kann die Kommission jetzt mitteilen, welche Auswirkungen die Festsetzung von Referenzpreisen tatsächlich gehabt hat

a) auf die Erzeugerpreise in den verschiedenen für die Versorgung innerhalb der Gemeinschaft wichtigen Lieferländern,

b) auf die Verbraucherpreise innerhalb der Gemeinschaft, aufgegliedert nach Mitgliedsländern,

c) auf die Warenströme, insbesondere auf den Export italienischer Zitrusfrüchte in die Gemeinschaft und nach Drittländern,

d) auf die technische Abwicklung der Geschäfte?

2. Wie hat sich die Anwendung des Systems für die beteiligten Verwaltungen ausgewirkt, welche Kosten, welche Einnahmen sind entstanden?

3. Entsprechen die Auswirkungen der Referenzpreise den Erwartungen der Kommission oder in welcher Weise weichen sie davon ab und warum gegebenenfalls?

4. Wann gedenkt die EWG-Kommission die von ihr vorgesehenen Referenzpreise für die kommende Saison bekanntzugeben resp. sie dem Ministerrat und dem Verwaltungsausschuß zuzuleiten?

5. Welchen Einfluß wird die Preisentwicklung während der vergangenen Saison auf die Höhe der jetzt festzusetzenden Referenzpreise haben?

6. Beabsichtigt die EWG-Kommission, auf Grund der jetzt vorliegenden Erfahrungen dem Rat neue Vorschläge zum Schutz der in der Gemeinschaft erzeugten Orangen gegenüber Einfuhren aus Drittländern zu machen?

Antwort

(8. November 1966)

1. Die im Wirtschaftsjahr 1965/1966 auf den repräsentativen Märkten festgestellten Angebotspreise lagen im Durchschnitt 10 bis 25 v. H.

über den Preisen des vorangegangenen Wirtschaftsjahres. Diese verhältnismäßig großen Unterschiede zu Beginn des Wirtschaftsjahres und

vor Inkrafttreten des Referenzpreissystems haben sich in der Folge schrittweise verringert. Die Angebotspreise blieben indessen während des ganzen Wirtschaftsjahres erheblich über den Referenzpreisen.

Diese Preisentwicklung hat mehrere Ursachen, von denen folgende besonders hervorzuheben sind:

— ein besonders niedriges Angebot zu Beginn des Wirtschaftsjahres wegen der verspäteten Obstreife,

— eine verhältnismäßig gute Qualität entsprechend ihrer Beschaffenheit (Zuckergehalt, Verhältnis Zucker/Säure),

— die Reglementierung des Angebots durch einige Drittländer, um es besser über das ganze Wirtschaftsjahr staffeln zu können,

— die Preise auf dem europäischen Markt für anderes Winterobst.

Die Erhebung von Ausgleichsabgaben durch die Kommission war daher nicht erforderlich.

Die obengenannten Faktoren wirkten sich auch auf die Handelsströme aus.

Die vorliegenden vorläufigen Angaben lassen jedoch den Schluß zu, daß die Einfuhren der EWG in der Zeit vom 1. Dezember bis 30. April 1965/1966 um 4,5 v. H. höher waren als im Wirtschaftsjahr 1964/1965 (1 102 000 Tonnen 1965/1966 gegenüber 1 054 000 Tonnen 1964/1965).

Wie nachstehende Übersicht zeigt, konnten mit Ausnahme Algeriens alle Lieferländer ihre Stellung auf dem EWG-Markt verbessern:

	1964/1965	1965/1966	v. H.
Spanien	571 731	608 320	+ 6
Israel	133 705	146 928	+ 9,9
Marokko	184 810	192 447	+ 4,1
Algerien	104 751	94 828	- 9,4
Sonstige	59 268	59 448	+ 0,3

Die Ausfuhren der Italienischen Republik im Jahre 1965/1966 gingen im Vergleich zum Vor-

jahr um 30,8 v. H. zurück (126 000 Tonnen 1965/1966 gegenüber 182 000 Tonnen 1964/1965), diejenigen nach den anderen Mitgliedstaaten der EWG um 33,3 v. H. (40 000 Tonnen 1965/1966 gegenüber 60 000 Tonnen 1964/1965).

Der Kommission liegen keine vollständigen amtlichen Angaben der zuständigen nationalen Behörden vor, die eine Beantwortung der Fragen des Herrn Abgeordneten unter 1 a) und b) zuließen.

2. Die Anwendung des Systems hat für die betroffenen Verwaltungen keine unmittelbare Auswirkung gehabt, da während des vorhergegangenen Wirtschaftsjahres auf die Einfuhr von Orangen aus Drittländern keine Ausgleichsabgabe erhoben wurde.

3. Durch die Anwendung von Artikel 11 Absatz (2) der Verordnung Nr. 23 (1) — geändert durch die Verordnung Nr. 65/65/EWG (2) — hat der Rat ein System eingeführt, durch das Störungen als Folge von Angeboten dritter Länder zu anormalen Preisen vermieden werden sollen. Somit können die Auswirkungen eines derartigen Systems nur im Lichte späterer, aus anormalen Marktsituationen gewonnenen Erfahrungen, die die Erhebung von Ausgleichsabgaben erforderlich machen, beurteilt werden.

4. Die Kommission hofft, die Referenzpreise für das Wirtschaftsjahr 1966/1967 in Kürze festsetzen zu können; die hierfür erforderlichen technischen Arbeiten sind bereits im Gang.

5. Es ist abzusehen, daß die Preisentwicklung im letzten Wirtschaftsjahr keine wesentliche Änderung der Referenzpreise zur Folge haben wird. In Anbetracht der Berechnungsmethode für diese Preise ist es jedoch nicht ausgeschlossen, daß es während bestimmter Zeiten oder bei einigen Erzeugnisgruppen zu begrenzten Preis-erhöhungen oder -senkungen kommen wird.

6. Die Kommission beabsichtigt nicht, dem Rat neue Vorschläge für Zitrusfrüchte vorzulegen.

(1) AB Nr. 30 vom 20. 4. 1962, S. 965/62.

(2) AB Nr. 86 vom 20. 5. 1965, S. 1458/65.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 86**von Herrn Pedini****an die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft***(9. September 1966)***Betrifft:** Fischfang an der Küste Mauretaniens

In der Anfrage Nr. 62⁽¹⁾ hat der Fragesteller bereits die Aufmerksamkeit der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf den schweren Schaden gelenkt, den zahlreiche italienische Fischfangunternehmen dadurch erleiden, daß die mauretanicische Regierung das Fischfangverbot in ihren Hoheitsgewässern von 6 auf 12 Meilen ausgedehnt hat. Die Kommission hat auf diese Anfrage in höflicher und unverbindlicher Form geantwortet. Ohne juristische Argumente anführen zu wollen, die an der internationalen Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme der mauretanicischen Regierung zweifeln lassen können, möchte der Fragesteller u. a. darauf hinweisen, daß die französischen und spanischen Fischer trotz dieser Maßnahme weiterhin in den mauretanicischen Hoheitsgewässern fischen, und zwar auf Grund alter Rechte, die nach der Unabhängigkeits-

erklärung Mauretaniens im Abkommen bestätigt wurden.

Die französischen Schiffe, die eine französische Besatzung an Bord haben, sind den mauretanicischen gleichgestellt; darüber hinaus soll die mauretanicische Regierung erst kürzlich einen französischen Reeder mit dem Bau einer Fischereiflotte, die unter mauretanicischer Flagge fahren soll, beauftragt haben.

An die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird daher die Frage gerichtet, ob sie in Anbetracht dieses Tatbestandes nicht glaubt, daß die mauretanicische Regierung den Grundsatz der Gleichstellung aller Mitgliedstaaten verletzt, der im Abkommen von Jaunde festgelegt wurde, und ob sie es daher nicht für zweckmäßig hält, Schritte zu unternehmen.

Antwort*(27. Oktober 1966)*

Die Bestimmungen der mauretanicischen Behörden über die Fischereirechte vor ihren Küsten sind in dem Gesetz vom 20. Januar 1962 über die Handelsmarine und die Hochseefischerei enthalten, worin die Grenze der Hoheitsgewässer auf sechs Meilen (von der Niedrigwasserlinie an gerechnet) festgesetzt und durch einen weiteren, sechs Meilen breiten Streifen, der dem inländischen Fischfang vorbehalten ist, ergänzt wird.

Die mauretanicische Regierung hat vor kurzem die Ausübung des Fischfangs in dieser Fischereizone durch Erlaß vom 29. August 1966 geregelt, der in seinen Schlußbestimmungen den Erlaß vom 22. April 1966, auf den der Herr Abgeordnete in seiner schriftlichen Anfrage Nr. 62 vom 23. Juni 1966 Bezug nimmt, aufhebt.

In den Artikeln 1 und 2 dieser Regelung wird bestimmt, daß jeder Reeder, der in der Fischereizone fischen will, die Genehmigung hierzu bei den mauretanicischen Behörden einholen und sich verpflichten muß, seinen gesamten Fang in den zu diesem Zweck an Land vorgesehenen Einrichtungen verarbeiten zu lassen.

Nach Artikel 3 dieses Erlasses kann jedoch für Schiffe, die nicht unter mauretanicischer Flagge fahren, eine Sonderregelung getroffen werden, sofern ein bilaterales Abkommen zwischen der Regierung der islamischen Republik Mauretanien und der Regierung(en) des oder der Länder besteht, unter deren Flagge diese Schiffe fahren.

Jeder Staat hat die Möglichkeit, ein solches Abkommen abzuschließen.

Die Kommission kann dem Herrn Abgeordneten mitteilen, daß nach ihrer Kenntnis drei bilaterale Fischereiabkommen bestehen. Es handelt sich um Abkommen auf dem Gebiet der Zusammenarbeit mit Frankreich (19. Juni 1961) und Spanien (14. Februar 1964), die beide in Kraft sind, sowie um ein Abkommen mit Griechenland, das anscheinend noch nicht in Kraft getreten ist. Nach diesen Abkommen dürfen die Fischereifahrzeuge dieser Staaten in den mauretanicischen Gewässern unter bestimmten Auflagen und gegen bestimmte Leistungen Fischfang treiben. Die Abkommen beruhen nicht auf dem Bestehen oder der Anerkennung historischer Rechte. Die Kommission kann allerdings den Anwendungsbereich dieser Abkommen nicht genau beurteilen, und sie hat deshalb die mau-

⁽¹⁾ AB Nr. 146 vom 9. 8. 1966, S. 2667/66.

retanischen Behörden um Auskunft darüber gebeten.

Sie ist der Auffassung, daß in dem vorliegenden Fall eine etwaige Beeinträchtigung des in dem Abkommen von Jaunde verankerten Grundsatzes der Gleichheit der Mitgliedstaaten untereinander (oder der Mitgliedstaaten gegenüber einem dritten Staat) gegebenenfalls unter die Artikel 29 und 30 dieses Abkommens fallen

würde. Obwohl jedoch die Seefischerei in den Gemeinschaftsprogrammen über die Beseitigung der Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit und des freien Dienstleistungsverkehrs erfaßt ist, ist eine detaillierte Stellungnahme zu der letzten Frage des Herrn Abgeordneten erst möglich, wenn die laufenden Gemeinschaftsarbeiten über die Einzelheiten der Anwendung der vorgenannten Programme auf die Seefischerei abgeschlossen sind.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 87

von Herrn Richarts

an die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

(13. September 1966)

Betrifft: Milchpreis

Auf Grund des Beschlusses über die Bildung einer gemeinsamen Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse soll der Durchschnittspreis für den Erzeuger ab 1. Juli 1968 für 1 kg Milch mit 3,7 v. H. Fettgehalt 41,2 Pfennig betragen. Bis zu diesem Datum sollen die Subventionen für Milch abgebaut werden. Der Durchschnittsmilchpreis einschließlich der Subventionen in der Bundesrepublik betrug im Jahre 1965/1966 38 Pfennig je Liter ab Hof. Die

Subventionen betragen z. Z. mit Landes- und Bundesmitteln 5 Pfennig je Liter Milch. Für die Werkmilchgebiete kommt ein Ausgleich von 1 Pfennig je Liter dazu.

Durch welche Maßnahmen soll der Wegfall von 5 bzw. 6 Pfennig Subventionen je Liter Milch ersetzt werden, und mit welchen Maßnahmen soll der von der Kommission festgesetzte Durchschnittspreis von 41,2 Pfennig für 3,7 %ige Milch frei Molkerei erreicht werden?

Antwort

(18. Oktober 1966)

1. Der vom Rat für das Milchwirtschaftsjahr 1968/1969 festgesetzte Richtpreis von 10,3 Rechnungseinheiten je 100 kg Milch mit 3,7 v. H. Fettgehalt frei Molkerei soll grundsätzlich über die Marktpreise von Milch und Milcherzeugnissen erlöst werden.

Gegenüber dritten Ländern werden diese Marktpreise durch Abschöpfungen gesichert, die die Preise der eingeführten Erzeugnisse bis auf ein Niveau anheben, das dem Richtpreis für Milch entspricht. Am Binnenmarkt sollen Interventionen den Milchpreis so weit stabilisieren, daß für die verkaufte Milch insgesamt der Richtpreis erreicht wird. Dabei ist neben dem Interventionspreis für Butter die Verbilligung der verfütterten Magermilch von besonderer Bedeutung. Diese Verbilligung hat zur Folge, daß die Molkereien die Erzeugnisse für menschliche Ernährung, die Milcheiweiß enthalten, unter Berücksichtigung des Magermilch-

wertes herstellen, der zum Erreichen des Richtpreises für Milch notwendig ist.

2. Der Wegfall der direkten Beihilfen in der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von gegenwärtig 4,66 Pfennig je Kilogramm Anlieferungsmilch soll ab 1. April 1968 ersetzt werden

— soweit es sich um die verbutterte Milch handelt, durch einen Interventionspreis von 7,05 DM je Kilogramm Butter und durch eine Verbilligung in Höhe von 5,5 Pfennig je Kilogramm der bei der Butterung anfallenden Magermilch, soweit sie verfüttert wird,

— durch die Anhebung des Preises der übrigen Werkmilch auf durchschnittlich 41 bis 42 Pfennig frei Molkerei,

— durch Beihilfen für die zu Kasein verarbeitete Magermilch und eventuell für Emmentaler und Cheddar-Käse,

— durch Trinkmilchpreise, die einen Erlös der dazu verwendeten Milch erbringen, der bis

zu 2 Pfennig je Kilogramm höher sein kann als die jeweiligen Werkmilchpreise.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 89

von Herrn Mauk

an die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

(21. September 1966)

Betrifft: Gemeinsame Marktorganisation für nicht der Ernährung dienende Gartenbauerzeugnisse

1. Die Kommission hat am 12. Januar 1966 ihren ersten Vorschlag einer Verordnung über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für nicht der Ernährung dienende Gartenbauerzeugnisse vorgelegt. Die in diesem Entwurf vorgeschlagenen Termine zur Einführung von Gemeinschaftsmaßnahmen sind bereits überholt. Auch befriedigt dieser Entwurf nicht, da er lediglich eine Übergangsregelung vorsieht und völlig offen läßt, welche ergänzenden Bestimmungen zur endgültigen Verwirklichung der gemeinsamen Marktorganisation für diese Gartenbauerzeugnisse vorgesehen werden sollen. Ebenso wird die Anwendung gemeinsamer Qualitätsnormen nur auf Blumenzwiebeln beschränkt.

Die Kommission wird um Mitteilung gebeten,

a) zu welchen Ergebnissen die bisherigen Beratungen des für diese Gartenbauerzeugnisse vom Sonderausschuß Landwirtschaft des Ministerrates eingesetzten Regierungssachverständigenausschusses gelangt ist,

b) ob zur Zeit ein neuer Verordnungsvorschlag vorbereitet wird,

c) ob auch Vorschläge für die Anwendung gemeinsamer Qualitätsnormen für Blumen und Zierpflanzen sowie Baumschulerzeugnisse vorbereitet wurden, und in welcher Form die Anwendung dieser Normen erfolgen soll.

2. Der Kommission ist bekannt, daß der innergemeinschaftliche Handel mit Blumenzwiebeln vor allem mit Rücksicht auf die Schaffung einheitlicher Wettbewerbsgrundlagen für die Produktion von Zwiebelblumen in der Gemeinschaft besondere Schwierigkeiten aufweist.

Diese Schwierigkeiten sind eine Folge der in den Niederlanden für Blumenzwiebeln angewandten Marktordnung. Die Entscheidungen

der EWG-Kommission in den Jahren 1964 und 1965 über die Festsetzung von Ausgleichsabgaben für Zwiebelblumen beim niederländischen Export in die Bundesrepublik und nach Frankreich bestätigen, daß in diesen Mitgliedstaaten die Erzeugung von Zwiebelblumen in ihrer Wettbewerbslage durch die niederländische Marktordnung beeinträchtigt wird. Diese Beeinträchtigung ist vor allem auf die niederländischen Exportbestimmungen für Blumenzwiebeln zurückzuführen, die den Gärtnern in den anderen Mitgliedstaaten es nicht möglich machen, niederländische Blumenzwiebeln zu den gleichen Bedingungen einzukaufen, zu denen Blumenzwiebeln von niederländischen Gärtnern bezogen werden können.

Wird die Kommission bei der Vorlage ihres endgültigen Verordnungsvorschlags dieser Wettbewerbsverzerrung in vollem Umfang dadurch Rechnung tragen, daß die niederländischen Marktordnungsbestimmungen für Blumenzwiebeln durch die Einführung gemeinsamer Wettbewerbsregeln abgelöst werden?

3. Die Kommission hat ihren Entscheidungen zur Festsetzung von Ausgleichsabgaben für Zwiebelblumen niederländischen Ursprungs beim Export nach der Bundesrepublik Deutschland und nach Frankreich in den Jahren 1964 und 1965 die Differenz zwischen den niederländischerseits gegenüber diesen Mitgliedstaaten angewandten Exportmindestpreisen und den in den Niederlanden angewandten Inlandsmindestpreisen für Blumenzwiebeln zugrunde gelegt. Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Gärtner in den anderen Mitgliedstaaten im Wettbewerb mit niederländischen Zwiebelblumen auch durch folgende Marktordnungsmaßnahmen der Niederlande beeinträchtigt werden:

a) durch die Beschränkung des Exports auf Blumenzwiebeln nur bestimmter Größensortierungen;

b) durch Beschränkung des Exports auf Blumenzwiebeln nur bestimmter Qualitäten;

c) durch die Erhebung von Abgaben beim Handel für Blumenzwiebeln;

d) durch Erteilung von Exportlizenzen nur unter bestimmten Voraussetzungen bzw. Bedingungen.

Diese Marktordnungsmaßnahmen der Niederlande haben zusätzlich zu den Exportmindestpreisvorschriften zur Folge, daß die Gärtner in den anderen Mitgliedstaaten nicht die Blumenzwiebelgrößen und -qualitäten aus den Niederlanden beziehen können, die von den niederländischen Gärtnern wegen ihrer Preiswürdigkeit zum Abtreiben verwendet werden. Auch werden die von den niederländischen Gärtnern bei den Absatzeinrichtungen oder Vermehrungsbetrieben in den Niederlanden direkt eingekauften Blumenzwiebeln mit der Marktordnungsabgabe nicht belastet, während die ausländischen Gärtner durch die Möglichkeit eines Bezugs dieser Blumenzwiebeln nur über den Exporthandel von diesen Abgaben betroffen werden.

Wird die Kommission durch die Anwendung gemeinsamer Wettbewerbsregeln dafür Sorge tragen, daß auch diese durch die niederländischen Marktordnungsbestimmungen verursachten Wettbewerbsverzerrungen im innergemeinschaftlichen Handel mit Blumenzwiebeln beseitigt werden?

Antwort

(4. November 1966)

Die Kommission gestattet sich, dem Herrn Abgeordneten nachstehende Auskünfte über die gemeinsame Marktorganisation für nicht der Ernährung dienende Gartenbauerzeugnisse zu erteilen.

1. Die Gruppe der Regierungssachverständigen, eingesetzt vom Sonderausschuß Landwirtschaft des Rates für nicht der Ernährung dienende Gartenbauerzeugnisse, hat den Wunsch geäußert, daß der Entwurf einer Übergangsregelung durch eine endgültige Regelung ersetzt wird. Der Rat hat diese Auffassung bestätigt und die Kommission gebeten, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten. Dieser Vorschlag, der gegenwärtig bei der Kommission ausgearbeitet wird, könnte außer Normen für Blumenzwiebeln auch Normen für Schnittblumen enthalten. Des weiteren könnte vorgesehen werden, die Anwendung dieser Normen zwingend vorzuschreiben; dagegen steht noch nicht fest, auf welcher Handelsstufe diese Normen verbindlich sein sollen und nach welchen Verfahren ihre Anwendung überwacht werden soll.

2. Die Übergangsregelung hatte bereits den Zweck, gleiche Wettbewerbsbedingungen für in

4. Die Kommission hat in ihrem ersten Verordnungsvorschlag für nicht der Ernährung dienende Gartenbauerzeugnisse vorgesehen, den Niederlanden die Beibehaltung des Interventionsystems für Blumenzwiebeln zur Regulierung des Angebots zu ermöglichen. Auch hat sie die Finanzierung dieser Interventionsmaßnahmen aus der Anwendung der Artikel 92, 93 und 94 des EWG-Vertrages ausgenommen. Diese Ausnahmeregelung soll den Niederlanden gestatten, auch weiterhin auf dem Verordnungsweg durch die Erhebung einer „Steuer“ (Abgabe) nicht nur den „Surplusfonds“ der Interventionsregelung, sondern auch andere Marktordnungsmaßnahmen zu finanzieren. Eine solche Ausnahmeregelung, die allein von den Niederlanden auf Grund der dort bestehenden Marktordnung für nicht der Ernährung dienende Gartenbauerzeugnisse ausgenutzt werden kann, würde zwangsläufig zu einer Verfälschung des Wettbewerbs in der Gemeinschaft führen.

Ist die Kommission der Auffassung, daß die zur Finanzierung der niederländischen Marktordnung für nicht der Ernährung dienende Gartenbauerzeugnisse mit staatlicher Befugnis erhobenen Abgaben eine Ausnahme aus den Bestimmungen der Artikel 92, 93 und 94 des EWG-Vertrages rechtfertigen?

den Mitgliedstaaten angebaute Schnittblumen aus Blumenzwiebeln zu schaffen. Diese Überlegung wird auch in dem Vorschlag für eine endgültige Marktorganisation im Vordergrund stehen.

3. Die von dem Herrn Abgeordneten unter a), b) und c) genannten Faktoren — Ausfuhrverbot für Blumenzwiebeln mit Qualitätsmängeln oder kleiner Größensortierungen und Abgaben für die Finanzierung der Forschung, der Kontrollstellen, der Werbung und des Aufkaufs unverkäuflicher Überschüsse — sind 1964 und 1965 bei der Berechnung der Ausgleichsabgaben berücksichtigt worden. Außerdem hat die niederländische Regierung der Kommission mitgeteilt, daß für das laufende Wirtschaftsjahr die obengenannten Abgaben nicht mehr bei der Ausfuhr, sondern beim Großhandel erhoben werden. Aus all diesen Maßnahmen ergibt sich, daß die wichtigsten bei der Erzeugung von Zwiebelblumen in den Mitgliedstaaten festgestellten Wettbewerbsverzerrungen weitgehend ausgeschaltet sind.

Nach Kenntnis der Kommission beeinflussen die Bedingungen für die Gewährung von Aus-

fuhrlizenzen für Blumenzwiebeln nicht die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Markt für Schnittblumen aus Blumenzwiebeln.

4. In ihrem Vorschlag für eine Übergangsregelung hatte die Kommission vorgesehen, daß die in den Niederlanden getroffenen Interven-

tionsmaßnahmen für Blumenzwiebeln und somit ihre Finanzierungsquellen vorläufig beibehalten werden können und zu diesem Zweck eine Ausnahmeregelung zu den Artikeln 92 bis 94 geschaffen werden muß, daß jedoch Ausgleichsabgaben einzuführen sind, sofern sich hieraus Wettbewerbsverzerrungen bei Zwiebelblumen ergeben.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 91

von Herrn Bergmann

an die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

(23. September 1966)

Betrifft: Jahresbericht des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit im Steinkohlenbergbau

Der Fragesteller nimmt Bezug auf seine schriftlichen Anfragen Nr. 106 vom 11. Dezember 1964 ⁽¹⁾ und Nr. 101 vom 20. Januar 1966 ⁽²⁾. Obwohl die Hohe Behörde in ihren Antworten vom 14. Januar 1965 und vom 17. Februar 1966 dem Europäischen Parlament zugesagt hatte, daß ihm der schon seit dem Jahre 1962 fällige

dritte Jahresbericht des Ständigen Ausschusses in Kürze vorgelegt werden wird, ist der Bericht noch immer nicht beim Europäischen Parlament eingegangen.

Die Hohe Behörde wird daher gebeten, genaue Auskunft darüber zu erteilen, wann der dritte Jahresbericht über die Tätigkeit des Ständigen Ausschusses endlich dem Europäischen Parlament übermittelt wird.

Antwort

(28. Oktober 1966)

Ogleich die Hohe Behörde die Berechtigung der Frage des Herrn Abgeordneten¹ anerkennt, die sich auf ihre Antworten zum gleichen Thema bezieht, so muß sie doch heute feststellen, daß das Sekretariat des Ständigen Ausschusses infolge der damals unvorhergesehenen Verzögerungen nicht in der Lage war, den Mitgliedern des Ständigen Ausschusses für die Betriebssicherheit im Steinkohlenbergbau seinen Entwurf für den Dritten Bericht vor dem 22. Juni 1966 vorzulegen.

Der Engere Ausschuß des Ständigen Ausschusses hat diesen Entwurf auf seiner Sitzung

vom 19. Juli 1966 geprüft. Er hat gebeten, den Bericht in einigen Punkten zu ändern und ihm eine Zusammenfassung voranzustellen.

Diese Zusammenfassung ist inzwischen ausgearbeitet und die Berichtigungen sind vorgenommen worden.

Der Bericht wird vom Ständigen Ausschuß erörtert und der nächsten Vollsitzung am 4. November 1966 zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden. Er wird sodann in Druck gegeben und dem Europäischen Parlament zugeleitet.

⁽¹⁾ AB Nr. 12 vom 28. 1. 1965, S. 133/65.

⁽²⁾ AB Nr. 32 vom 24. 2. 1966, S. 476/66.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 92

von Herrn Bergmann

an die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

(23. September 1966)

Betrifft: Engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei Unglücksfällen in Unternehmen und besonders in Bergwerken

Der Fragesteller verweist auf seine schriftlichen Anfragen Nr. 33 vom 18. Juni 1965⁽¹⁾ und Nr. 102 vom 20. Januar 1966⁽²⁾. Wie aus den Antworten der Kommission auf diese Anfragen hervorgeht, haben Regierungssachverständige der Mitgliedstaaten in einer Sitzung am 30. September 1965, in der ein Informationsaustausch über die Möglichkeit einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten stattfand, beschlossen, ein erstes Verzeichnis über Aufbau und Arbeitsweise der in den Mitgliedstaaten bestehenden Rettungsdienste sowie über die bereits getroffenen zwei- und mehrseitigen Übereinkünfte aufzustellen. Auf Grund dieser Angaben soll ein erster Bericht ausgearbeitet werden, der die Grundlage für weitere Erörterungen bilden wird.

Im Verlauf der Beratungen des Ausschusses für Gesundheitsschutz über den Neunten Ge-

samtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat der Vertreter der Kommission erklärt, daß erst drei Mitgliedstaaten die Angaben übermittelt haben, die zur Erstellung eines ersten Berichtes über eine bessere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten erforderlich sind.

1. Kann die Kommission angeben, welche drei Mitgliedsländer diese Angaben bisher noch nicht übermittelt haben?
2. Beabsichtigt die Kommission, bei diesen Staaten darauf hinzuwirken, daß sie ihr Versäumnis umgehend nachholen?
3. Wann kann das Europäische Parlament damit rechnen, daß ihm der erste Bericht über eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in Katastrophenfällen vorgelegt wird?

Antwort

(8. November 1966)

1. Die Angaben über den Aufbau und die Arbeitsweise der in den Mitgliedstaaten bestehenden Rettungsdienste waren von der Kommission auf einer Sitzung von Regierungssachverständigen am 30. September 1965 für Februar 1966 angefordert worden. Bisher sind bei den Dienststellen der Kommission lediglich die Ant-

worten Belgiens, Italiens und Luxemburgs eingegangen.

2. Die Kommission ist bei den Mitgliedstaaten, deren Antworten noch ausstehen, bereits vorstellig geworden.

3. Die Erstellung eines Gesamtberichts hängt selbstverständlich vom Eingang aller Antworten ab.

⁽¹⁾ AB Nr. 140 vom 31. 7. 1965, S. 2393/65.

⁽²⁾ AB Nr. 32 vom 24. 2. 1966, S. 477/66.

SCHRIFTLICHE ANFRAGE Nr. 95

von Herrn Oele

an die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

(4. Oktober 1966)

Betrifft: Anwendung der Entscheidung Nr. 3/65⁽¹⁾ zugunsten der Charbonnages de France

Dem Jahresbericht der Charbonnages de France ist zu entnehmen, daß trotz der vom französischen Staat in zunehmendem Maße gewährten Wiederanpassungshilfe auch 1965 ein Nettobetriebsdefizit zu verzeichnen ist, das von

⁽¹⁾ AB Nr. 31 vom 25. 2. 1965, S. 480/65.

		LICHTBILD

Personalfragebogen

1.	a) Name :	
2.	b) Vornamen :	
3.	c) Anschrift :	Telefon-Nr. :
4.	d) Staatsangehörigkeit bei der Geburt :	jetzige :
5.	e) Personalausweis : Pass — Kennkarte am durch	Nr. ausgestellt
6.	Geburtstag und Geburtsort : (Stadt, Kreis oder Provinz, Land)	
7.	e) Familienstand : ledig — verheiratet — verwitwet — geschieden — getrennt f) Kinder	
	1	2
	3	4
	5	
	Unterhaltspflichtige Personen :	
8.	Anschrift und Beruf der Eltern :	
9.	Bei Unfall zu benachrichtigende Person :	

a) Bei verheirateten Frauen auch Mädchenname angeben.
b) Rufname unterstreichen.
c) Jede Änderung der Anschrift ist der Personalabteilung mitzuteilen.
d) Ist die jetzige Staatsangehörigkeit eine andere als die bei der Geburt, Art und Zeitpunkt ihrer Erwerbung angeben.
e) Nichtzutreffendes streichen.
f) Geburtsdatum der lebenden Kinder angeben.

10. **Ausbildung :**
 A. Hochschulstudium

Universität oder Hochschule	Dauer des Studiums		Diplome
	von	bis	

B. Höhere Schulbildung oder Fachausbildung

Schule oder Fachschule	Dauer der Ausbildung		Prüfungen oder Diplome
	von	bis	

11. **Veröffentlichte Schriften :**

12. **Sprachkenntnisse :**

Sprachen	Muttersprache	Verständnis	Wort	Schrift	Geschwindigkeit	
					Stenografie	Schreibmaschine
Deutsch						
Französisch						
Italienisch						
Niederländisch						
Englisch						
Sonstige Sprachen						

13. **Art der Stelle, um die sich der Antragsteller bewirbt :**

a) Bewerben Sie sich ausschließlich um eine feste Anstellung ?

Wann könnten Sie die Stelle frühestens antreten ?

b) Sind Sie bereit, eine zeitweilige Arbeit anzunehmen ? Wie lange und zu welchem Zeitpunkt ?

c) In Frage kommende Tätigkeit oder Stelle :

14. Früher innegehabte Stellungen :

Dauer		Monatsgehalt	Aufgabenbereich
von	bis		
Name und Anschrift des Arbeitgebers :			

Dauer		Monatsgehalt	Aufgabenbereich
von	bis		
Name und Anschrift des Arbeitgebers :			

Dauer		Monatsgehalt	Aufgabenbereich
von	bis		
Name und Anschrift des Arbeitgebers :			

Dauer		Monatsgehalt	Aufgabenbereich
von	bis		
Name und Anschrift des Arbeitgebers :			

15. Haben Sie etwas dagegen einzuwenden daß wir uns eventuell mit Ihrem früheren Arbeitgeber in Verbindung setzen ?

16. Militärdienst :

Dienstzeit :

Dienstgrad :

Noch bestehende Verpflichtungen

17. Referenzen :

Name und Vorname	Anschrift und Tel.-Nr.	Tätigkeit oder Beruf

18. Gerichtliche Strafen — Disziplinarstrafen :

19. Auslandsaufenthalte :

Ich erkläre hiermit, die obigen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig gemacht zu haben.

Ich bin bereit, mich gegebenenfalls der vorgeschriebenen, jeder Einstellung vorausgehenden ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

Datum und Unterschrift

188 Millionen ffrs im Jahre 1964 auf 323 Millionen ffrs stieg. Die Unternehmensleitung wünscht nachdrücklich Schutzmaßnahmen in der Gemeinschaft gegen die Einfuhr von Steinkohle aus dritten Ländern, vor allem gegen Kokskohle. Beides veranlaßt zu folgenden Fragen:

1. Vertritt auch die Hohe Behörde die Auffassung, daß ein guter Überblick darüber, wie das Defizit dieses wichtigen und großen Unternehmens gedeckt wird, für all diejenigen wertvoll ist, die von den im Kohle- und Energiesektor generell zu treffenden Maßnahmen betroffen werden?

2. Kann die Hohe Behörde mitteilen, wie der französische Staat die von ihr genehmigte finan-

zielle Unterstützung auf die in der Entscheidung Nr. 3/65 genannten fünf verschiedenen zulässigen Kategorien aufteilt?

3. Ist die Hohe Behörde darüber informiert, wie das noch verbleibende Defizit gedeckt wird, und kann sie mitteilen, inwieweit dabei die regionale Umstellung und Wiederanpassung in den durch Arbeitslosigkeit bedrohten Bergwerkrevieren direkt oder indirekt gefördert werden?

4. Teilt die Hohe Behörde die Auffassung der Leitung der Charbonnages de France, daß besondere Abgaben für Kokskohle aus dritten Ländern die Stellung dieses Unternehmens wesentlich verbessern würden? Wenn ja, aus welchen Gründen?

Antwort

(28. Oktober 1966)

Zu 1:

Die Hohe Behörde hat in ihren Stellungnahmen und Entscheidungen auf dem Gebiet der Subventionen im Steinkohlenbergbau der Gemeinschaft nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie der Art und Weise, wie die finanziellen Verluste des Steinkohlenbergbaus abgedeckt werden, eine außerordentliche Bedeutung beimißt.

Die Hohe Behörde hat dieser Angelegenheit immer ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet, wie dies zum Beispiel aus der 1963 auf die schriftliche Anfrage Nr. 170 von H. Nederhorst gegebenen Antwort hervorgeht⁽¹⁾. Seit Erlaß der Entscheidung Nr. 3/65 verfügt die Hohe Behörde in diesem Bereich über regelmäßige und genaue Informationen, die natürlich auch die Deckung der Betriebsverluste der Charbonnages de France einschließen.

Zu 2:

Die Hohe Behörde hat mit der Entscheidung Nr. 7/66⁽²⁾ der französischen Regierung genehmigt, für das Jahr 1965 an die Charbonnages de France eine finanzielle Beihilfe in Höhe von 214,8 Mio ffrs zu leisten, um soziale Spannungen und regionale Umstellungsschwierigkeiten zu vermeiden (Art. 5 der Entscheidung Nr. 3/65).

Darüber hinaus wurde festgestellt, daß der Ausgleich der anormalen Soziallasten in Höhe

von 391,5 Mio ffrs sich in den Grenzen von Artikel 2 § 2 der Entscheidung Nr. 3/65 hält.

Insgesamt ergeben diese beiden Beträge eine Summe von 606,3⁽³⁾ Mio ffrs, die in dem im Budget der französischen Regierung ausgewiesenen Betrag von 625 Mio ffrs enthalten ist.

Die französische Regierung hat im Rahmen der Entscheidung Nr. 3/65 keine Beihilfe nach den Artikeln 3 und 4 beantragt.

Zu 3: *Erster Teil der Frage*

Unter Einschluß der außerordentlichen Abschreibungen (14,6 Mio ffrs) beliefen sich die Betriebsverluste der Charbonnages de France im Geschäftsjahr 1965 auf 943,0 Mio ffrs. Nach Abzug des Saldos auf dem Konto der außerordentlichen Gewinne bzw. Verluste (+ 5,2 Mio ffrs), nach Ausgleich der anormalen Soziallasten (391,5 Mio ffrs) sowie nach Zahlung der finanziellen Beihilfe zur Verlustminderung (214,8 Mio ffrs) verbleibt als Endsaldo ein Verlustüberhang von 322,8 Mio ffrs⁽⁴⁾. Dieser Betrag stellt einen Substanzverzehr dar, der vom Eigenkapitalkonto der Charbonnages de France abgebucht wird. Das kumulative Defizit der Charbonnages de France beläuft sich für die Jahre 1960 bis 1965 (einschließlich) auf rund 1,4 Mrd. ffrs; das heißt von dem im Jahre 1960 noch vorhandenen Eigenkapital in Höhe von rund

⁽³⁾ Der im Geschäftsbericht der Charbonnages de France für das Jahr 1965 angegebene Betrag von 615 Mio ffrs (s. S. 100) enthält außerdem noch 8,7 Mio ffrs, die an den Braunkohlenbergbau gezahlt wurden.

⁽⁴⁾ Unter Einrechnung der finanziellen Beihilfe von 8,7 Mio ffrs an den Braunkohlenbergbau.

⁽¹⁾ AB Nr. 48 vom 26. 3. 1963, S. 973/63.

⁽²⁾ AB Nr. 54 vom 25. 3. 1966, S. 794/66.

4 Mrd. ffrs sind inzwischen mehr als 30 Prozent verloren. Um betriebsfähig zu bleiben, mußten die Charbonnages de France als Konsequenz der Eigenkapitalverluste in stärkerem Umfang langfristiges Fremdkapital aufnehmen. Die langfristigen Schulden stiegen von Anfang 1960 bis Anfang 1966 von 4,1 Mrd. ffrs auf rund 5 Mrd. ffrs.

Zweiter Teil der Frage

Die industrielle Umstrukturierung der Bergbaureviere ist weniger ein kohlenwirtschaftliches, sondern vielmehr ein allgemeinwirtschaftliches Problem. Im allgemeinen verläuft die Umstrukturierung in einem langsameren Rhythmus als es an sich für die Anpassung der Steinkohlenförderung an den Absatz erforderlich wäre. Hieraus ergibt sich die Notwendig-

keit, Arbeitsplätze — zumindest für einen begrenzten Zeitraum — auch in den mit Verlusten arbeitenden Schachtanlagen aufrechtzuerhalten. Natürlich müssen die Verluste während dieser Übergangszeit wenigstens teilweise abgedeckt werden, um die sozialen Folgen einer sofortigen Schließung zu verhindern.

Zu 4:

Jede zollpolitische Maßnahme im Bereich der Koks- und Kohle, die den Markt gegen den Wettbewerb der Drittländer abschirmt, führt normalerweise zu einer gewissen Verbesserung der finanziellen Lage der im Inland gelegenen Unternehmen oder zumindest der Erlöse für Koks- und Kohle. Inwieweit eine Verbesserung eintritt, hängt von Umfang und Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen ab.

ALLGEMEINE STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Nach dem am 1. Januar 1962 in Kraft getretenen Statut der Beamten der Gemeinschaften und seinen Anlagen ist bei der Besetzung von Stellen öffentlich durch Stellenausschreibung zur Einreichung von Bewerbungen aufzufordern. Die Aufforderung ist im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften zu veröffentlichen. Hierbei sind die Art der Tätigkeit und die für das Beschäftigungsverhältnis geltenden Bestimmungen genau anzugeben.

Dies bedeutet, daß lediglich die Bewerber in Betracht gezogen werden können, die auf Grund der öffentlichen Ausschreibung eine Bewerbung um eine bestimmte Stelle eingereicht haben.

Die bei den Institutionen der Gemeinschaft vor dieser Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen können daher — unbeschadet der darin nachgewiesenen Qualifikationen — in keinem Fall berücksichtigt werden.

Die Personen, die sich bereits bei den Dienststellen der Institutionen der Gemeinschaft beworben haben und sich künftig einer im Rahmen einer Stellenausschreibung abzuhaltenden Prüfung unterziehen wollen, werden daher gebeten, ihre Bewerbung für die Stelle(n), für die sie die erforderlichen Diplome und Qualifikationen besitzen, erneut einzureichen.

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN ÜBER DIE BESETZUNG DER VOM EUROPÄISCHEN PARLAMENT IM AMTSBLATT AUSGESCHRIEBENEN STELLEN

I. Allgemeine Bedingungen

Bewerber um eine Stelle in einer der Institutionen der Europäischen Gemeinschaften haben nach Artikel 28 des Statuts der Beamten der Gemeinschaften folgende Bedingungen zu erfüllen. Artikel 28 bestimmt:

„Zum Beamten darf nur ernannt werden, wer

- a) Staatsangehöriger eines der Mitgliedstaaten der Gemeinschaften ist und die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt ⁽¹⁾; von dem Erfordernis der Staatsangehörigkeit kann die Anstellungsbehörde absehen;
- b) sich seinen Verpflichtungen aus den für ihn geltenden Wehrgesetzen nicht entzogen hat;

(¹) Mitgliedstaaten sind zur Zeit:

- Belgien
- die Bundesrepublik Deutschland
- Frankreich
- Italien
- Luxemburg
- die Niederlande

- c) den für die Ausübung des Amtes zu stellenden sittlichen Anforderungen genügt;
- d) die Bedingungen des in Anhang III geregelten Auswahlverfahrens auf Grund von Befähigungsnachweisen oder Prüfungen oder auf Grund von Befähigungsnachweisen und Prüfungen erfüllt hat; Artikel 29 Absatz 2 bleibt unberührt;
- e) die für die Ausübung seines Amtes erforderliche körperliche Eignung besitzt;
- f) nachweist, daß er gründliche Kenntnisse in einer Sprache der Gemeinschaften⁽¹⁾ und ausreichende Kenntnisse in einer weiteren Sprache der Gemeinschaften in dem Umfang besitzt, in dem dies für die Ausübung seines Amtes erforderlich ist.“

II. Verfahren

Das Einstellungsverfahren ist in Anhang III des Statuts der Beamten der Gemeinschaften wie folgt geregelt:

- Die Bewerbungen sind schriftlich auf einem Formblatt einzureichen, dessen Fassung die Anstellungsbehörde bestimmt. Von den Bewerbern können zusätzliche Unterlagen oder Auskünfte aller Art gefordert werden;
- für jedes Auswahlverfahren bestellt die Anstellungsbehörde einen Prüfungsausschuß;
- nach Prüfung der Bewerbungsunterlagen wird ein Verzeichnis derjenigen Bewerber aufgestellt, die den in der Stellenausschreibung festgelegten Bedingungen entsprechen;
- anschließend prüft der Prüfungsausschuß die Befähigungsnachweise der in dem Verzeichnis aufgeführten Bewerber;
- bei einem Auswahlverfahren auf Grund von Prüfungen werden sämtliche in diesem Verzeichnis aufgeführten Bewerber zu den Prüfungen zugelassen;
- bei einem Auswahlverfahren auf Grund von Befähigungsnachweisen legt der Prüfungsausschuß die Grundsätze für die Bewertung der Befähigungsnachweise der Bewerber fest und prüft die Befähigungsnachweise;
- bei einem gemischten Auswahlverfahren auf Grund von Befähigungsnachweisen und Prüfungen wählt der Prüfungsausschuß aus diesem Verzeichnis diejenigen Bewerber aus, die zur endgültigen Prüfung zugelassen werden.

Die Arbeiten des Prüfungsausschusses sind geheim.

Der Prüfungsausschuß stellt sodann die Eignungsliste auf. Diese Liste, in der möglichst mindestens doppelt so viele Bewerber aufgeführt sein sollen, wie Stellen zu besetzen sind, wird der Anstellungsbehörde vorgelegt, die den oder die einzustellenden Bewerber auswählt.

⁽¹⁾ Amtssprachen der Gemeinschaft sind zur Zeit: Deutsch, Französisch, Italienisch und Niederländisch.

III. Probezeit

Jeder Beamte, mit Ausnahme der Beamten der Besoldungsgruppen A 1 und A 2, hat eine Probezeit von 6 Monaten abzuleisten, bevor er von der Anstellungsbehörde zum Beamten auf Lebenszeit ernannt werden kann.

IV. Dienstbezüge, Zulagen und wichtigste soziale Rechte

Der Beamte hat Anspruch auf:

1. ein Grundgehalt;
2. gegebenenfalls eine Auslandszulage in Höhe von 16 v. H. des gegebenenfalls um die Zulage für den Familienvorstand und die Zulagen für unterhaltsberechtigter Kinder erhöhten Grundgehalts;
3. gegebenenfalls
 - eine Zulage für den Familienvorstand in Höhe von 5 v. H. des Grundgehalts,
 - eine Zulage in Höhe von 1100 bfrs monatlich für jedes unterhaltsberechtigter Kind,
 - eine Erziehungszulage;
4. Versicherung in der Krankenkasse des betreffenden Organs der Gemeinschaft;
5. Versicherung gegen Berufskrankheiten und Unfälle;
6. Altersversorgung.

V. Steuern

Der Beamte unterliegt entsprechend den Bedingungen und dem Verfahren, die in der im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* vom 14. Juni 1962, Seite 1461/62 ff., veröffentlichten Verordnung festgelegt sind, einer Steuer zugunsten der Gemeinschaften.

STELLENAUSSCHREIBUNG Nr. PE/3/A

Das Europäische Parlament veranstaltet ein allgemeines Auswahlverfahren zwecks Einstellung von

HAUPTVERWALTUNGSRÄTEN

in der Laufbahngruppe A 5 - A 4.

Zweck dieses Auswahlverfahrens ist es, die gegenwärtig freien Stellen in den Dienststellen der Institution zu besetzen und eine Einstel-

lungsreserve zu bilden, um die frei werdenden oder neu geschaffenen Stellen der genannten Laufbahngruppen zu besetzen, welche nicht im Wege eines innerinstitutionellen Verfahrens der Europäischen Gemeinschaften besetzt werden können.

Diese Einstellungsreserve wird unbeschadet der Abhaltung besonderer Auswahlverfahren zur Besetzung von Stellen gebildet, die eine Eignung ganz spezifischer Art erfordern.

Die Reserveliste ist bis zum 31. Dezember 1967 gültig. Die Dauer der Gültigkeit der Reserveliste kann verlängert werden. In diesem Fall wird dies den in diese Liste aufgenommenen Bewerbern rechtzeitig zur Kenntnis gebracht.

Die betreffenden Stellen werden in der Besoldungsgruppe 5 besetzt.

I. ART DER TÄTIGKEIT:

Nach den besetzten Stellen:

- Leiter eines Tätigkeitsbereichs einer Abteilung
- oder Leiter eines spezialisierten Dienstes
- oder qualifizierter Beamter, betraut mit Konzepts-, Studien- bzw. Kontrollaufgaben.

II. GEHALT:

Das monatliche Anfangsgrundgehalt beträgt zwischen 29 000 bfrs und 32 400 bfrs (Besoldungsgruppe A 5). Hinzu kommen gegebenenfalls die im Beamtenstatut der Gemeinschaften vorgesehenen Zulagen und Entschädigungen. Andererseits unterliegt das Gehalt einer Besteuerung zugunsten der Gemeinschaften (vgl. „Allgemeine Bestimmungen“, S. 3629/66 dieses Amtsblatts).

Nach Abzug der obligatorischen Abgaben (Versorgungsfonds, Versicherungen, Steuer) findet auf das Gehalt noch ein Berichtigungskoeffizient Anwendung, um den Lebensbedingungen am jeweiligen Ort der dienstlichen Verwendung Rechnung zu tragen. Dieser Koeffizient beläuft sich für den Arbeitsort Luxemburg zur Zeit auf 106.

III. AUSWAHLVERFAHREN:

Dieses Auswahlverfahren findet auf Grund von Befähigungsnachweisen und Prüfungen statt. Zugelassen sind Bewerber, die die folgenden Bedingungen erfüllen:

1. Befähigungsnachweise oder Zeugnisse und Berufserfahrung:

a) Befähigungsnachweise oder Zeugnisse:

abgeschlossenes Hochschulstudium der Rechte oder politischen Wissenschaften bzw. Wirtschaftswissenschaften oder gleichwertige Berufserfahrung.

b) Berufserfahrung:

mindestens fünf Jahre Berufserfahrung in Tätigkeiten, die normalerweise von Personen mit Hochschulausbildung ausgeübt werden.

2. Höchstalter:

45. Lebensjahr am 1. Januar 1967 (geboren nach dem 31. Dezember 1922).

Für die seit mindestens einem Jahr bei den Europäischen Gemeinschaften beschäftigten Bediensteten erhöht sich diese Altersgrenze um die Dauer der nach den Bestimmungen des Artikels 3 des Anhangs VIII zum Statut der Beamten anrechenbaren Dienstzeit.

3. Sprachkenntnisse:

gründliche Kenntnis einer der Amtssprachen der Gemeinschaften und zufriedenstellende Kenntnis einer anderen Amtssprache der Europäischen Gemeinschaften. Die Kenntnisse in weiteren Amtssprachen der Gemeinschaften und der englischen Sprache werden berücksichtigt.

4. Die Bewerber haben nachzuweisen, daß sie die Bedingungen des Artikels 28 des Beamtenstatuts der Gemeinschaften erfüllen, die unter dem Abschnitt „Allgemeine Bedingungen“ in dieser Nummer des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* aufgeführt sind.

IV. AUSWAHL AUF GRUND VON BEFÄHIGUNGSNACHWEISEN:

Der Prüfungsausschuß stellt unter Berücksichtigung der Befähigungsnachweise das Verzeichnis der Bewerber auf, die zur Teilnahme an den Prüfungen zugelassen werden.

V. ART DER PRÜFUNGEN:

A. Schriftliche Prüfung:

Exposé über ein allgemeines Thema im Zusammenhang mit der Schaffung und der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften.

Höchstdauer der Prüfung: 4 Stunden,

Bewertung: 0 bis 40 Punkte.

Jede Bewertung unter 20 Punkten hat das Ausscheiden des Bewerbers zur Folge.

B. Mündliche Prüfungen:

— Erste Prüfung:

Exposé von höchstens 10 Minuten Dauer über ein Thema betreffend einen politischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Aspekt des europäischen Integrationsprozesses (wahlweise aus drei Themen, die sich alle auf einen der genannten Aspekte beziehen); im Anschluß daran Unterhaltung mit dem Prüfungsausschuß.

Vorbereitungszeit: 30 Minuten,

Bewertung: 0 bis 30 Punkte.

— Zweite Prüfung:

Freie Unterhaltung mit dem Prüfungsausschuß zwecks Beurteilung der Sprachkenntnisse des Bewerbers.

Höchstdauer der Prüfung: 15 Minuten,

Bewertung: 0 bis 10 Punkte (davon 5 Punkte für die erste Amtssprache der Gemeinschaften neben der Muttersprache, gegebenenfalls 2 Punkte für jede weitere vorgewiesene Amtssprache der Gemeinschaften und ein Punkt für die englische Sprache).

Für die Aufnahme in das Verzeichnis der geeigneten Bewerber sind mindestens 7/10 der in den Prüfungen erreichbaren Gesamtpunkte erforderlich.

Die Bewerber werden gebeten, ihren Antrag mit dem deutlichen Vermerk „Auswahlverfahren Nr. PE/3/A“ zusammen mit dem in diesem Amtsblatt eingelegten Personalfragebogen als

Einschreibebrief vor dem 21. Dezember 1966 (das Datum des Poststempels am Absendeort ist maßgebend) an den Generaldirektor der Verwaltung des Europäischen Parlaments, 19, rue Beaumont, Luxemburg, zu richten.

Die Unterlagen für den Nachweis der verlangten Zeugnisse oder Diplome sowie der Erfüllung der Bedingungen, die unter Ziffer a), b) und c) der „Allgemeinen Bedingungen“ in diesem Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften aufgeführt sind, können bis spätestens 4. Januar 1967 nachgereicht werden.

Sie sind in Form von beglaubigten Abschriften der Originale einzureichen, da die Unterlagen für die Bewerbungsakte nicht zurückgegeben werden (Photokopien werden nur anerkannt, wenn sie einen nicht photokopierten Beglaubigungsvermerk tragen).

Bei den Zeugnissen und Diplomen wird empfohlen, nur die Abschrift der Urkunde über den höchsten Ausbildungsgrad vorzulegen.

Bewerbungen werden nur beachtet, wenn sie den obigen Vorschriften entsprechen. Die Bewerber werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie für die Anlage ihrer Personalakte nicht auf Unterlagen oder Personalfragebogen verweisen können, die sie bei früheren Bewerbungen eingereicht haben.

Die Bewerber, die vom Prüfungsausschuß zur Teilnahme an dem Auswahlverfahren zugelassen werden, erhalten die Reisekosten unter den im Einberufungsschreiben angegebenen Bedingungen erstattet.

Jeder Bewerber wird, soweit es ihn betrifft, über das Ergebnis des Auswahlverfahrens unterrichtet.

STELLENAUSSCHREIBUNG Nr. PE/4/A

Das Europäische Parlament veranstaltet ein allgemeines Auswahlverfahren zwecks Einstellung von

VERWALTUNGSRÄTEN

und

VERWALTUNGSREFERENDAREN

in der Laufbahngruppe A 7 - A 6 (Verwaltungsräte) und A 8 (Verwaltungsreferendare).

Zweck dieses Auswahlverfahrens ist es, die gegenwärtig freien Stellen in den Dienststellen der Institution zu besetzen und eine Einstellungsreserve zu bilden, um die frei werdenden oder neu geschaffenen Stellen der genannten Laufbahngruppen zu besetzen, welche nicht im Wege eines innerinstitutionellen Verfahrens der Europäischen Gemeinschaften besetzt werden können.

Diese Einstellungsreserve wird unbeschadet der Abhaltung besonderer Auswahlverfahren zur Besetzung von Stellen gebildet, die eine Eignung ganz spezifischer Art erfordern.

Die Reserveliste ist bis zum 31. Dezember 1967 gültig. Die Dauer der Gültigkeit der Reserveliste kann verlängert werden. In diesem Fall wird dies den in diese Liste aufgenommenen Bewerbern rechtzeitig zur Kenntnis gebracht.

Die betreffenden Stellen werden je nach den im Auswahlverfahren erzielten Ergebnissen in die Besoldungsgruppe 7 oder 8 eingestuft.

I. ART DER TÄTIGKEIT:

Auf Grund allgemeiner Anweisungen sind Konzepts-, Studien- bzw. Kontrollaufgaben zu erfüllen.

II. GEHALT:

Das monatliche Anfangsgrundgehalt beträgt zwischen 20 850 bfrs und 23 150 bfrs (Besoldungsgruppe A 7) oder 18 000 bfrs (Besoldungsgruppe A 8). Hinzu kommen gegebenenfalls die im Beamtenstatut der Gemeinschaften vorgesehenen Zulagen und Entschädigungen. Andererseits unterliegt das Gehalt einer Besteuerung zugunsten der Gemeinschaften (vgl. „Allgemeine Bestimmungen“, S. 3629/66 dieses Amtsblatts).

Nach Abzug der obligatorischen Abgaben (Versorgungsfonds, Versicherungen, Steuer) findet auf das Gehalt noch ein Berichtigungskoeffizient Anwendung, um den Lebensbedingungen am jeweiligen Ort der dienstlichen Verwendung Rechnung zu tragen. Dieser Koeffizient beläuft sich für den Arbeitsort Luxemburg zur Zeit auf 106.

III. AUSWAHLVERFAHREN:

Dieses Auswahlverfahren findet auf Grund von Befähigungsnachweisen und Prüfungen statt. Zugelassen sind Bewerber, die die folgenden Bedingungen erfüllen:

1. Befähigungsnachweise oder Zeugnisse:

abgeschlossenes Hochschulstudium der Rechte oder politischen Wissenschaften bzw. Wirtschaftswissenschaften oder gleichwertige Berufserfahrung.

2. Höchstalter:

35. Lebensjahr am 1. Januar 1967 (geboren nach dem 31. Dezember 1932).

Für die seit mindestens einem Jahr bei den Europäischen Gemeinschaften beschäftigten Bediensteten erhöht sich diese Altersgrenze um die Dauer der nach den Bestimmungen des Artikels 3 des Anhangs VIII zum Statut der Beamten anrechenbaren Dienstzeit.

3. Sprachkenntnisse:

gründliche Kenntnis einer der Amtssprachen der Gemeinschaften und zufriedenstellende Kenntnis einer anderen Amtssprache der Europäischen Gemeinschaften. Die Kenntnisse in weiteren Amtssprachen der Gemeinschaften und der englischen Sprache werden berücksichtigt.

4. Die Bewerber haben nachzuweisen, daß sie die Bedingungen des Artikels 28 des Beamtenstatuts der Gemeinschaften erfüllen, die unter dem Abschnitt „Allgemeine Bedingungen“ in dieser Nummer des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* aufgeführt sind.

IV. AUSWAHL AUF GRUND VON BEFÄHIGUNGSNACHWEISEN:

Der Prüfungsausschuß stellt unter Berücksichtigung der Befähigungsnachweise das Verzeichnis der Bewerber auf, die zur Teilnahme an den Prüfungen zugelassen werden.

V. ART DER PRÜFUNGEN:

A. Schriftliche Prüfung:

Exposé über ein Thema im Zusammenhang mit den weiter oben in Abschnitt I aufgeführten Funktionen zwecks Bewertung des Organisations-, Urteils- und Redaktionsvermögens des Bewerbers.

Höchstdauer der Prüfung: 4 Stunden,

Bewertung: 0 bis 40 Punkte.

Jede Bewertung unter 20 Punkten in dieser Prüfung hat das Ausscheiden des Bewerbers zur Folge.

B. Mündliche Prüfungen:

— Erste Prüfung:

Exposé von höchstens 10 Minuten Dauer über ein Thema betreffend einen politischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Aspekt des europäischen Integrationsprozesses (wahlweise aus drei Themen, die sich alle auf einen der genannten Aspekte beziehen); im Anschluß daran Unterhaltung mit dem Prüfungsausschuß.

Vorbereitungszeit: 30 Minuten,

Bewertung: 0 bis 30 Punkte.

— Zweite Prüfung:

Freie Unterhaltung mit dem Prüfungsausschuß zwecks Beurteilung der Sprachkenntnisse des Bewerbers.

Höchstdauer der Prüfung: 15 Minuten,

Bewertung: 0 bis 10 Punkte (davon 5 Punkte für die erste Amtssprache der Gemeinschaften neben der Muttersprache, gegebenenfalls 2 Punkte für jede weitere vorgewiesene Amtssprache der Gemeinschaften und ein Punkt für die englische Sprache).

Für eine Aufnahme in das Verzeichnis der geeigneten Bewerber sind mindestens 7/10 der in den Prüfungen erreichbaren Gesamtpunkte erforderlich.

Die Bewerber werden gebeten, ihren Antrag mit dem deutlichen Vermerk „Auswahlverfahren Nr. PE/4/A“ zusammen mit dem in diesem Amtsblatt eingelegten Personalfragebogen als Einschreibebrief vor dem 21. Dezember 1966 (das Datum des Poststempels am Absendeort ist maßgebend) an den Generaldirektor der Verwaltung des Europäischen Parlaments, 19, rue Beaumont, Luxemburg, zu richten.

Die Unterlagen für den Nachweis der verlangten Zeugnisse oder Diplome sowie der Erfüllung der Bedingungen, die unter Ziffer a),

b) und c) der „Allgemeinen Bedingungen“ in diesem *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* aufgeführt sind, können bis spätestens 4. Januar 1967 nachgereicht werden.

Sie sind in Form von beglaubigten Abschriften der Originale einzureichen, da die Unterlagen für die Bewerbungsakte nicht zurückgegeben werden (Photokopien werden nur anerkannt, wenn sie einen nicht photokopierten Beglaubigungsvermerk tragen).

Bei den Zeugnissen und Diplomen wird empfohlen, nur die Abschrift der Urkunde über den höchsten Ausbildungsgrad vorzulegen.

Bewerbungen werden nur beachtet, wenn sie den obigen Vorschriften entsprechen. Die Bewerber werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie für die Anlage ihrer Personalakte nicht auf Unterlagen oder Personalfragebogen verweisen können, die sie bei früheren Bewerbungen eingereicht haben.

Die Bewerber, die vom Prüfungsausschuß zur Teilnahme an dem Auswahlverfahren zugelassen werden, erhalten die Reisekosten unter den im Einberufungsschreiben angegebenen Bedingungen erstattet.

Jeder Bewerber wird, soweit es ihn betrifft, über das Ergebnis des Auswahlverfahrens unterrichtet.

STELLENAUSSCHREIBUNG Nr. PE/5/A

Das Europäische Parlament veranstaltet ein allgemeines Auswahlverfahren zwecks Einstellung eines

HAUPTVERWALTUNGSRATS

in der Laufbahngruppe A 5 - A 4.

Diese Stelle wird in der Besoldungsgruppe A 5 besetzt.

Die betreffende Stelle ist gegenwärtig frei in der Generaldirektion Parlamentarische Dokumentation und Information (Bibliotheksdienst).

I. ART DER TÄTIGKEIT:

— Mitarbeit an der allgemeinen Organisation und Verwaltung der Bibliothek des Europäischen Parlaments;

— insbesondere beauftragt mit der Einkaufspolitik und den laufenden Einkäufen.

II. GEHALT:

Das monatliche Anfangsgrundgehalt beträgt zwischen 29 000 bfrs und 32 400 bfrs (Besoldungsgruppe A 5). Hinzu kommen gegebenenfalls die im Beamtenstatut der Gemeinschaften vorgesehenen Zulagen und Entschädigungen. Andererseits unterliegt das Gehalt einer Besteuerung zugunsten der Gemeinschaften (vgl. „Allgemeine Bestimmungen“, S. 3629/66 dieses Amtsblatts).

Nach Abzug der obligatorischen Abgaben (Versorgungsfonds, Versicherungen, Steuer) findet auf das Gehalt noch ein Berichtigungskoeffizient Anwendung, um den Lebensbedingungen am jeweiligen Ort der dienstlichen Verwendung Rechnung zu tragen. Dieser Koeffizient beläuft

sich für den Arbeitsort Luxemburg zur Zeit auf 106.

III. AUSWAHLVERFAHREN:

Dieses Auswahlverfahren findet auf Grund von Befähigungsnachweisen statt.

Zugelassen zum Auswahlverfahren sind Bewerber, die die folgenden Bedingungen erfüllen und deren Bewerbung vom Prüfungsausschuß berücksichtigt wird.

1. Befähigungsnachweise oder Zeugnisse und Berufserfahrung:

a) Befähigungsnachweise oder Zeugnisse:

Hochschulstudium und Diplom, das den Bewerber zur Ausübung des Berufs des Bibliotheksverwalters berechtigt;

b) Berufserfahrung:

Erfahrung von mindestens fünf Jahren in einer Bibliothek mindestens in der Größe der Bibliothek des Europäischen Parlaments oder vorzugsweise in einer größeren Bibliothek und in einem Verantwortungsbereich, der mit demjenigen der zu besetzenden Stelle vergleichbar ist.

2. Höchstalter:

45. Lebensjahr am 1. Januar 1967 (geboren nach dem 31. Dezember 1922).

Für die seit mindestens einem Jahr bei den Europäischen Gemeinschaften beschäftigten Bediensteten erhöht sich die Altersgrenze um die Dauer ihrer Dienstzeit bei den Gemeinschaften.

3. Sprachkenntnisse:

- gründliche Kenntnis einer der Amtssprachen der Europäischen Gemeinschaften;
- gute Kenntnis einer weiteren dieser Sprachen;
- aus arbeitstechnischen Gründen wird eine gründliche Kenntnis der französischen Sprache sowie eine gute Kenntnis einer weiteren Amtssprache der Gemeinschaften und vorzugsweise der italienischen Sprache verlangt;
- Kenntnisse in der englischen Sprache sind erwünscht.

Die Sprachkenntnisse sowie die Zeugnisse und sonstigen Berufsnachweise können auf dem Wege einer Unterhaltung mit dem Prüfungsausschuß geprüft werden.

4. Die Bewerber haben nachzuweisen, daß sie die Bedingungen des Artikels 28 des Beamtenstatuts der Gemeinschaften erfüllen, die unter dem Abschnitt „Allgemeine Bedingungen“ in dieser Nummer des *Amtsblatts der Europäischen Gemeinschaften* aufgeführt sind.

Die Bewerber werden gebeten, ihren Antrag mit dem deutlichen Vermerk „Auswahlverfahren Nr. PE/5/A“ zusammen mit dem in diesem Amtsblatt eingelegten Personalfragebogen als Einschreibebrief vor dem 21. Dezember 1966 (das Datum des Poststempels am Absendeort ist maßgebend) an den Generaldirektor der Verwaltung des Europäischen Parlaments, 19, rue Beaumont, Luxemburg, zu richten.

Die Unterlagen für den Nachweis der verlangten Zeugnisse oder Diplome sowie der Erfüllung der Bedingungen, die unter Ziffer a), b) und c) der „Allgemeinen Bedingungen“ in diesem *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* aufgeführt sind, können bis spätestens 4. Januar 1967 nachgereicht werden.

Sie sind in Form von beglaubigten Abschriften der Originale einzureichen, da die Unterlagen für die Bewerbungsakte nicht zurückgegeben werden (Photokopien werden nur anerkannt, wenn sie einen nicht photokopierten Beglaubigungsvermerk tragen).

Bei den Zeugnissen und Diplomen wird empfohlen, nur die Abschrift der Urkunde über den höchsten Ausbildungsgrad vorzulegen.

Bewerbungen werden nur beachtet, wenn sie den obigen Vorschriften entsprechen. Die Bewerber werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie für die Anlage ihrer Personalakte nicht auf Unterlagen oder Personalfragebogen verweisen können, die sie bei früheren Bewerbungen eingereicht haben.

Die Bewerber, die vom Prüfungsausschuß zur Teilnahme an dem Auswahlverfahren zugelassen werden, erhalten die Reisekosten unter den im Einberufungsschreiben angegebenen Bedingungen erstattet.

Jeder Bewerber wird, soweit es ihn betrifft, über das Ergebnis des Auswahlverfahrens unterrichtet.